

Ersuchen gemäß § 73 Abs 6a WStV der freiheitlichen Gemeinderäte Mag. Dietbert Kowarik, Rudolf Stark und Dr. Herbert Eisenstein auf Prüfung der Vergabepaxis der Fernwärme Wien und der Wiener Stadtwerke Holding an Rohrleitungsbaufirmen.

Bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ist unter der Geschäftszahl 10 St 38/11m ein Verfahren auf Grund einer Sachverhaltsdarstellung der Wiener Stadtwerke Holding und deren Tochterunternehmen Fernwärme Wien anhängig, das die Aufklärung von „Bedarfszuwendungen“ –Bestechungsgelder im eigentlichen Sinn- zum Inhalt hat.

Auslöser der Ermittlungen waren schriftliche Erklärungen des Firmeneigentümers der Peter Peninger Pipelines –PPP- an Bürgermeister Dr. Michael Häupl, Vizebürgermeisterin Renate Brauner und die Vorstände der Wiener Stadtwerke Holding.

In diesen Schreiben wird neben den von der Korruptionsstaatsanwaltschaft zu ermittelnden Bestechungstatbeständen auch der Vorwurf erhoben, dass es von bei Ausschreibungen der Fernwärme Wien mitbietenden Rohrleitungsbaufirmen zu Preisabsprachen gekommen ist

In der Praxis soll die Firma PPP, die an einer EU –weiten Ausschreibung teilgenommen und als Generalunternehmer für Rohrverlege-, Erd- und Baumeister- und Isolierarbeiten bei der Kontrahentenausschreibung Fernwärmeleitung 2011-2014 den Zuschlag erhalten hat, nachträglich Repressalien ausgeliefert gewesen sein, da sich die Firma PPP weder an den kartellähnlichen Preisabsprachen noch an den üblichen Bedarfszuwendungen beteiligt hat. Bereits während des Ausschreibungsverfahrens sei von Mitbewerbern die Forderung an PPP gerichtet worden, sich von FWW fernzuhalten, anderenfalls das Unternehmen blockiert wird.

Bereits im Jahr 2007 wurde der PPP im Zuge einiger Ausschreibungen wie die Jahresbauausschreibung der FWW für 2007-2011, an der unter anderem die EVN Ternitz, OMV Auerstahl, EVN Transportleitung Radlberg und weitere teilgenommen hatten, nahegelegt, sich an den Preisabsprachen zu beteiligen, was vom Geschäftsführer der PPP vehement abgelehnt worden ist.

Bei den Treffen über illegale Preisabsprachen waren befugte Vertreter der Nacap, der HABAU und der Bohr&Rohrtechnik nunmehr BIS Bilfinger Berger Industrieservice anwesend.

Am 01.03.2007 wurde das Kontrollamt der Stadt Wien neuerlich und schriftlich informiert, dass beim Angebot Jahresbauvertrag 2007-2011 Preisabsprachen stattgefunden haben und die PPP aufgrund des Umstandes, sich daran nicht beteiligen zu wollen, aus dem Bieterkonsortium ausgeschlossen wurde.

Es liegt auch eine schriftliche Sachverhaltsdarstellung und eine Tonbandaufzeichnungen vor, die die unter Eid getätigten Aussagen des Geschäftsführers der PPP belegen. Es betraf die Bauvorhaben Stadterweiterung Stadlau, Obere Augartenstrasse, Otto Wagner Spital, Grinzinger Allee, Ed. Kittenberger Gasse und Eurogate mit einer gesamten Auftragssumme von ca. Euro 8.000.000,00.

Im Mai 2011 war die Kontrahentenausschreibung 2011-2014 abzugeben.
Die Angebotssumme von PPP betrug ca. Euro 40.000.000,00.

Auch bei dieser Kontrahentenausschreibung kam es zu illegalen Preisabsprachen, an denen sich PPP nicht beteiligt hat. Die PPP erhielt trotz der Drohung anderer Mitbewerber, dass dies noch ein Nachspiel haben werde, den Zuschlag zu folgenden Bauvorhaben, nachdem die PPP Nachlässe im zweistelligen Prozentbereich gewährt hatte:

Ed. Kittenberger Gasse, Grinzinger Allee und Otto Wagner Spital (OWS).

Bei all diesen Bauvorhaben kam es in der Folge zu unglaublichen Schikanen wie von der Konkurrenz prophezeit, die sich darin äußerten, dass der PPP Zahlungen mit dem Vorwand vorenthalten wurden, dass Bau- und Arbeitssicherheitsmängel vorlägen.

Diese Baumängel waren unwesentlich und hätten binnen Wochenfrist behoben werden können.

Bei dem Bauvorhaben Grinzinger Allee mussten durch Schikanen sechs Poliere und ein Bauleiter ersetzt werden, wobei zu erwähnen ist, dass alle Personen hochqualifiziert waren und mehrjährige Erfahrungen speziell im ALPINE Konzern vorweisen konnten.

Auf Grund des laufenden Verfahrens bei der WKStA 10 St 38/11m, welches durch Schreiben vom Geschäftsführer der PPP an Bürgermeister Dr. Michael Häupl, Vizebürgermeisterin Dr. Renate Brauner, GD Dr. Gabriele Payr und VD Ing. Mag. Helmut Miksits übermittelt worden ist, wurde die Kontrahentenausschreibung, die bis 2014 läuft, mit 8. Mai 2012 neu ausgeschrieben.

Es steht nun der Verdacht im Raum, dass die Ausschreibungen durch die Fernwärme Wien und die Wiener Stadtwerke Holding an Rohrleitungsbaufirmen illegalen, kartellähnlichen Preisabsprachen unterlegen sind, und die oben genannten Unternehmungen der Stadt Wien durch „Bedarfszuwendungen“ in den Bieterverfahren durch betriebsinterne Mitarbeiter massiv geschädigt worden sind. Das Kontrollamt möge die Gebarung der Stadt Wien bzw. ihrer Unternehmungen rund um die Vergabeverfahren der Fernwärme Wien und der Wiener Stadtwerke Holding an Rohrleitungsbaufirmen seit dem Jahr 2007 nach den Grundsätzen der ziffernmäßigen Richtigkeit, der Ordnungsmäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit überprüfen.

Insbesondere soll das Kontrollamt überprüfen:

- Alle Auftragsvergaben der Stadt Wien seit dem Jahr 2007, an denen die oben genannten Unternehmen beteiligt waren
- Wann die Finanzstadträtin erstmals über diese Malversationen informiert wurde
- Wann die Finanzstadträtin weitere Informationen darüber erhalten hat
- Wie die Finanzstadträtin auf diese Informationen reagiert hat
- Wann der Bürgermeister erstmals über diese Malversationen informiert wurde
- Wann der Bürgermeister weitere Informationen darüber erhalten hat
- Wie der Bürgermeister auf diese Informationen reagiert hat
- Wer an den Hauptversammlungen der Jahre 2007 bis 2012 als Eigentümervertreter der Stadt teilgenommen hat
- Inwieweit die Finanzstadträtin die Eigentümervertreter über diese Malversationen und den dadurch der Stadt drohenden Schaden informiert hat
- Welche Weisungen die Finanzstadträtin diesem Eigentümervertreter im Hinblick auf die Malversationen erteilt hat
- Inwieweit der Bürgermeister die Eigentümervertreter über diese Malversationen und den dadurch der Stadt drohenden Schaden informiert hat

- Welche Weisungen der Bürgermeister diesem Eigentümervertreter im Hinblick auf die Malversationen erteilt hat
- Was der Eigentümervertreter der Stadt Wien in den Hauptversammlungen der Jahre 2007 bis 2012 unternommen hat, um diese Malversationen abzustellen und den Schaden für die Stadt Wien zu minimieren
- Welche der Stadt Wien zuzurechnenden Aufsichtsräte an den Aufsichtsratssitzungen der Jahre 2007 bis 2012 teilgenommen haben
- Inwieweit diese Aufsichtsräte von der Stadträtin Brauner über diese Malversationen und den der Stadt dadurch drohenden Schaden informiert wurden
- Inwieweit diese Aufsichtsräte vom Bürgermeister über diese Malversationen und den der Stadt dadurch drohenden Schaden informiert wurden
- Welche Weisungen die Finanzstadträtin den beamteten Aufsichtsräten der Stadt Wien im Hinblick auf die Malversationen erteilt hat
- Welche Weisungen der Bürgermeister den beamteten Aufsichtsräten der Stadt Wien im Hinblick auf die Malversationen erteilt hat
- Was die der Stadt Wien zuzurechnenden Aufsichtsräte in den Aufsichtsratssitzungen der Jahre 2007 bis 2012 unternommen haben, um diese Malversationen abzustellen
- Was die der Stadt Wien zuzurechnenden Aufsichtsräte unternommen haben, um den Schaden für die Stadt Wien zu minimieren

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN

Eing.: 21. JUNI 2012

REL-02310-2012/0001-KIP/BA
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

[Handwritten signature]
18.06.12

[Handwritten signature]
20.06.12

[Handwritten signature]
20.06.12

[Handwritten signature]
18.06.12

[Handwritten signature]
18.06.12

[Handwritten signature]
18.06.12

[Handwritten signature]
18.06.12

[Handwritten signature]
18.06.12

[Handwritten signature]
18.06.12

[Handwritten signature]
18.06.12

[Handwritten signature]
18.06.12

[Handwritten signature]
18.06.12

[Handwritten signature]
18.06.12